

# POLIS



**WARUM SOLLEN**

**„SIEGER“ LERNEN ?**

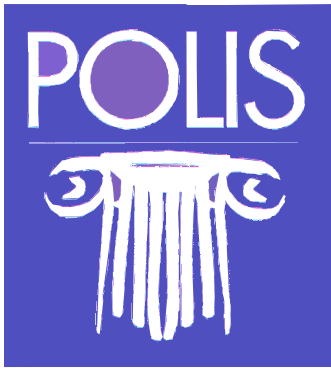
Lernblockaden und ihre Überwindung  
im deutsch-deutschen Dialog.

Von Conrad Lay



Eine Schriftenreihe der  
Hessischen Landeszentrale  
für politische Bildung

11



## **Warum sollen „Sieger lernen“?**

### **Lernblockaden und ihre Überwindung im deutsch-deutschen Dialog.**

#### **VORWORT**

Die ersten Gefühle der Deutschen nach dem Fall der Mauer sind mittlerweile Geschichte. Aus Euphorie und Begeisterung wurde Beklemmung, Sorge, Distanz und Unsicherheit. Die äußere Mauer ist gefallen, jedoch eine innere, eine psychologische und soziale Barriere trennt die Deutschen in Ost und West voneinander. Wenn man Meinungsumfragen glauben darf, dann reicht diese deutsch-deutsche Trennung tiefer als zu Zeiten des kalten Krieges, als die Spaltung quer durch Familien ging und Angehörige sich kaum besuchen konnten.

Diese Mauer im Kopf symbolisiert die Angst vor Veränderung, die Unsicherheit einer ungewissen Zukunft, den möglichen Verlust gewohnter Sicherheiten, vor allem des vertrauten Wohlstandes.

Die Mauerspechte, die eher symbolisch zu Werke gingen, haben zwar keine Grenzposten beseitigt, sie haben jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die Beseitigung von Grenzen in mühevoller Kleinarbeit passieren muß. Wenn es darum geht, die Mauern in den Köpfen abzutragen, können die Mauerspechte zu Leitbildern politischer Bildung werden.

Die Hessische und die Thüringische Landeszentrale für politische Bildung waren sich mit ihren Seminaren "Lernen von Mauerspechten: Innere Einheit und politische Bildung" (mit Verwaltungsbeamten, Schülern und Jugendlichen aus Hessen und Thüringen) dieser Kleinarbeit bewußt.

Der biographische Ansatz der Seminar-konzeption ermöglichte jedoch einen offenen Dialog, in dem sowohl eigene Erfahrungen als auch Unterschiede und Gemeinsamkeiten thematisiert werden konnten.

Wir werden die Seminarreihen auch 1995 fortsetzen.

Hannelore Janssen

## WARUM SOLLEN "SIEGER LERNEN"?

Dr. Conrad Lay

### Lernblockaden und ihre Überwindung im deutsch-deutschen Dialog

Der Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland gilt im osteuropäischen Vergleich als eine sehr spezielle, singuläre Form des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die Unsicherheit, die jede Transformation mit sich bringt, sollte im Fall Ostdeutschlands durch den Import des kompletten Systems rechtlicher Regelungen sowie einen hohen Finanztransfer von West nach Ost weitestgehend reduziert werden.

Dies zeitigte zwei erstaunliche Folgen: zum einen führte die unverzügliche, ausschließlich an betriebswirtschaftlicher Rationalität geknüpfte Privatisierung zu dem tiefsten Fall einer Volkswirtschaft im Kontext osteuropäischer Transformationen; sozialpolitisch kompensiert wurde der wirtschaftliche Niedergang durch Gratifikationen von jährlich über 150 Milliarden DM, die vornehmlich aus politischen Gründen gewährt wurden. Zum anderen brachte der Tausch Souveränität gegen Wohlstandsversprechen die "Unterordnung unter die westdeutschen Spielregeln" (Helmut Wiesenthal) mit sich. Dies war der Preis, der für den sozialpolitisch abgedeckten, vergleichsweise komfortablen Transformationspfad zu entrichten war.

Doch nicht Dankbarkeit für die Gratifikationen war die Reaktion, wie dies in Westdeutschland heute vielfach moniert wird, sondern besonders nachhaltige Empfindungen der Verletzung und der Entfremdung auf Seiten der Ostdeutschen. So sehr die Leipziger Demonstranten sich wünschten, vom großen und vermeintlich unerschöpflich reichen Bruder an die Hand genommen zu werden und im "einigen Vaterland" dafür die materielle Garantie sahen, so sehr verewigte diese strukturelle Ausgangssituation der deutschen Vereinigung Abhängigkeit, Unmündigkeit und autoritäre Fixierungen.

Die Imitation westdeutscher Verhältnisse im Osten bei gleichzeitiger Abwertung spezifisch ostdeutscher Entwicklungspfade - von der Frauenerwerbstätigkeit bis zur Poliklinik, von der Sero-Abfallverwertung bis zur Elektrizitätswirtschaft - wird von ostdeutscher Seite als fehlende Anerkennung gewertet, zum Teil sogar als Entwertung individuellen Lebens. Das Gefühl, in der Würde verletzt zu sein, schlägt dann in Distanz und Trotz gegenüber den als übermächtig erlebten Westlern um.

Gleichzeitig wird die Kausalbeziehung zwischen der bankrotten DDR-Wirtschaft und den Schwierigkeiten des Transformationsprozesses verwischt. Da es Westdeutsche sind, die in Ostdeutschland an maßgeblichen Stellen für den Übergang Verantwortung tragen, erhoffen sich nicht wenige Ostdeutsche durch einen Wandel der Repräsentationsverhältnisse entscheidende Verbesserungen.

Die verstärkte Präsenz ostdeutscher Interessen, insbesondere in der Form einer ostdeutschen Regionalpartei, wird so als Gewähr dafür gesehen, die Benachteiligungen im deutsch-deutschen Verhältnis wettzumachen. Daß die ostdeutsche Regionalpartei PDS heißt und als Nachfolgepartei der SED die schwere Last eines nicht gezogenen Schlußstriches mit sich trägt, stört dabei - im Gegensatz zur Mehrheit der Westdeutschen - nur eine Minderheit der Ostdeutschen (Allensbach Umfrage vom August 1994).

### Die Kluft wird tiefer

Fünf Jahre nach der Wende haben viele Ostdeutschen das zuvor idealisierte Glimmerbild des Westens relativiert und differenziert ("Die kochen auch nur mit Wasser"). Die Freude über diesen Zugewinn an Realitätsbeurteilung ist jedoch nicht ungetrübt. Denn in dem Maße, in dem die Ostdeutschen nicht nur die Schokoladenseite, sondern auch die Schwäche der westdeutschen Gesellschaft zur Kenntnis nehmen, steigert sich der Mißmut darüber, daß die Vereinigung - was nicht zu bestreiten ist - sich ausschließlich nach dem Maßstab westdeutscher Normative richtete

und bis heute richtet.

Geht es dabei insbesondere um moralische Wertmaßstäbe, die der Westen dem Osten entgegenhält ("Wie konntet Ihr nur solange..."), dann ist der Vertrauensvorschuß, den die Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer auslöste, aufgebraucht. angegriffen von den westdeutschen Beschuldigungen zieht sich ein Teil der Ostdeutschen wieder zurück und verweigert eine gesamtdeutsche Kommunikation, die auch eine Aufarbeitung der Vergangenheit einschließen muß. Die Unwilligkeit, sich mit den anderen Deutschen auseinanderzusetzen, ist der letzte Funke eines längst zerstorbenen Stolzes.

Verschärft wird der Rückzug in Gräben, von denen man in den ersten Nachwendejahren annehmen konnte, daß sie längst überwunden seien, durch ein gewachsenes Desinteresse der Westdeutschen an den neu hinzugekommenen Bundesbürgern. Die Neuigkeitswert der "neuen" Länder, das spezielle Interesse an den ostdeutschen Landen ist nicht nur in den Medien verfliegen. Die Mehrzahl der Westdeutschen, die keine Verwandten im Osten hat, besuchte Ostdeutschland in den vergangenen Nachwendejahren kein einziges Mal. Und auch in Verwandtschaftsbeziehungen, so ist von diesseits wie jenseits übereinstimmend zu hören, ist in vielen Fällen eine neue Distanz eingetreten. Von west- wie von ostdeutscher Seite ist die Kluft tiefer geworden.

Die zahlreichen Wahlen des Jahres 1994 bestätigten dieses Ergebnis: die politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland haben sich auseinanderentwickelt. Ins Detail gehende Meinungsumfragen ergaben: Das Vertrauen auf eine wirtschaftliche Besserstellung führte nicht zu einem höheren Maß an innerer Einheit unter den Deutschen. Ebenso wie im Jahr Oktober 1990 fühlen sich Mitte 1994 laut einer EMNID-Umfrage 83% der Ostdeutschen als "Bürger zweiter Klasse". Die durchschlagende Parole der Leipziger Montagsdemonstrationen "Wir sind ein Volk" empfinden, so ermittelte das Allensbach Institut im August 1994, nur noch 28% der befragten Ostdeutschen als richtig, 61% sehen sie inzwischen als unzutreffend an. Es gibt keine Automatik, wonach eine Angleichung

des ostdeutschen an den westdeutschen Lebensstandard das Zusammenwachsen der Deutschen von alleine ergebe. Die Republik ist weit gespaltener, als es die PDS-Wahlanteile vermuten lassen.

Nun rächt es sich, daß der eingeschlagene Weg der deutschen Vereinigung sich von Anfang an durch Hast und die Furcht vor offener Konfliktaustragung auszeichnete. Vor allem zügig und administrativ sollte der Beitritt "abgewickelt" werden. Einen konstitutionellen Neu-Anfang wollten die Verhandlungsführer in West und Ost nicht. Nicht die Chance neuer Wege war gefragt; vielmehr glich die Vereinigung einer "Flucht nach vorne" (Karl Schlögel). Doch allzuleicht wird dabei übersehen, daß eine Transformation, die gleichsam hinterrücks und - für die Westbürger - im Großen und Ganzen unbemerkt vonstatten gehen soll, für das Scheitern besonders anfällig ist.

## Ost-West Dialogprojekte

Um dem skizzierten Trend entgegenzuwirken und die Bereitschaft zur Integration nachhaltig zu fördern, fanden in den vergangenen vier Jahren im Rahmen der politischen Bildung auf vielfältigen Ebenen deutsch-deutsche Dialogprojekte statt. Träger waren beispielsweise die Humanistische Union in Nordrhein-Westfalen, die Grundtvig-Stiftung für bürgerbewegte politische Bildung in Potsdam, der Deutsche Volkshochschulverband oder die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE).

Ähnlich waren auch die deutsch-deutschen Seminare angelegt, die die Hessische Landeszentrale für politische Bildung seit zwei Jahren gemeinsam mit den Landeszentralen in Thüringen bzw. Sachsen-Anhalt veranstaltete. Die Zielgruppen dieser Bildungsveranstaltungen waren breit gestreut: junge Erwachsene aus der Kriegsgräberfürsorge gehörten dazu, Amts- und Dezernatsleiter zweier Landkreise in Ost und West, Schulklassen aus Gymnasien in Kassel und Arnstadt.

Ziel dieser Lern- und Verständigungsprozesse war es, Menschen im Osten und Westen



# ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Deutschlands Chancen für ein Zusammenwachsen zu eröffnen, um damit eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft akzeptierend zu gestalten. Die jeweiligen "Stärken" und "Schwächen" der verschiedenen kulturellen und gesellschaftlichen Orientierungen sollten verdeutlicht werden, um diese für eine mögliche Integration in eine gemeinsame deutsche Gesellschaft praxis- und alltagsnah bewertbar zu machen. Um den Prozeß der inneren Annäherung zu erleichtern, Blockierungen aufzulösen und vorschnellen Urteilen entgegenzuwirken, waren alle diese Bildungsveranstaltungen um biographische Offenheit und Alltagsorientierung bemüht: Welche Alltagsregeln und kulturelle Orientierungen, welche Normen und Werte waren bzw. sind für die Menschen in Ost und West handlungsleitend? Wo liegen die Ursachen und gesellschaftlichen Kräfte, daß Menschen eines Sprachraums unterschiedlich empfinden, urteilen und sich verhalten? Mit diesem Ansatz war die Hoffnung verknüpft, daß Alltagskulturen, in denen jeder Teilnehmer selbst über Erfahrungen verfügt, sich als Anknüpfungspunkt im Ost-West-Austausch eher eignen als ein abstrakter politisch-ideologischer Systemvergleich.

## **Unterschiedliche subjektive Ausgangslagen**

Wenn man sich fragt, warum die deutschen Bildungsveranstaltungen bisweilen so emotional aufgeladen waren, dann auch deshalb, weil sie für ostdeutsche Teilnehmer Gelegenheit boten, den Abschied individuell nachzuholen, der in der Politik - zusammen mit einem konstitutiven Neuanfang - versäumt wurde.

Auch für die Westdeutschen boten sie Möglichkeiten, Versäumtes nachzuholen. Denn viele hatten sich jahrzehntelang mit der politischen Rechtfertigung, daß die DDR eine (post)stalinistische Parteidiktatur sei, innerlich von dem Land verabschiedet, ohne sich noch weiter für die DDR-Gesellschaft und ihr Funktionieren zu interessieren. Neugier aus dem Westen auf ein für die meisten fremdes Land stieß also auf existentielle Fragen nach einer

Neubestimmung des eigenen Lebens bei den ostdeutschen Teilnehmern.

Über 90% der Ostdeutschen, aber nur ein gutes Drittel 37% der Westdeutschen berichten laut einer Meinungsumfrage des Allenbach-Institutes vom April 1994, daß sich ihr Leben durch die deutsche Einheit geändert habe. Solche Unterschiede wirken sich auf die Kommunikationsdynamik von Bildungsveranstaltungen unmittelbar aus. Dies ist selbst dann der Fall, wenn sich die Teilnehmer paritätisch aus Ost und West zusammensetzen - worauf bei den Seminaren grundsätzlich geachtet wurde.

Der Erzähldruck ist auf ostdeutscher Seite merklich höher, weil sich dort die Veränderungen zuallererst abgespielt haben. Die Rückwirkungen auf die Lebenswirklichkeit im Westen kommt erst in zweiter Linie und eher summarisch ins Blickfeld. Durch die Blickrichtung der westdeutschen Teilnehmer auf den Osten wird diese "Ostlastigkeit" noch verstärkt.

Zur anderen Seite dieser Medaille gehört, daß bei ostdeutschen Teilnehmern relativ wenig Vorstellungen über konkrete soziale Härten in Westdeutschland existieren. Daß es auch im Westen Stimmungslose gibt, die seit mehr als einem Jahr keine Arbeit finden, wird in dieser östlichen Optik ausgeblendet. Hier kennt man nur die eigene Realität, die eigene Lebensunsicherheiten, diese allerdings um so hautnäher.

## **Alltagsorientierung und biographisches Lernen**

Die Methode des biographischen Lernens war zum Teil so erfolgreich, daß die behandelten Themen den Beteiligten persönlich sehr nahe gingen. So erfreulich es ist, daß die Teilnehmer sich in der Bildungsarbeit öffnen können, so werden damit doch auch Erwartungen bei den Teilnehmern geweckt: handelt es sich bei den Bildungsveranstaltungen um verdeckte Therapieangebote? Selbstkritisch sind die Grenzen der pädagogischen Arbeit zu erkennen und die jeweiligen Seminarteilnehmer darauf hinzuweisen. Die Offenheit in den Bildungsveranstaltungen

hing stark von der Zusammensetzung der Gruppen ab. Zum Teil war etwa das Thema "Arbeit" bzw. "Arbeitslosigkeit" so aufgeladen, daß es einige Seminarteilnehmer nicht anrühren wollten, schon gar nicht in einem öffentlichen Gespräch. Hier erwies es sich als hilfreich, blockierende Haltungen durch Dokumente aus dem Arbeitsalltag anderer Personen aufzuschließen.

Zum Teil war der erfahrungsgestützte, alltagsorientierte Ansatz den Seminarteilnehmern unbekannt. Im Gespräch mit einer Gruppe thüringer Schüler etwa zeigte sich, daß es für sie völlig neu war, daß sich ein Seminarleiter für sie selbst, für ihre eigenen Meinungen interessiert. Jedenfalls verhehlten sie ihr Erstaunen darüber nicht. Von daher waren sie mit subjektiven Äußerungen, mit denen sie ihr Schneckenhaus verlassen hätten, äußerst vorsichtig. Sachte und zögernd versuchten sie ihre Erlebnisse in Worte zu fassen; dabei waren sie darauf bedacht, nicht zu viel herauszulassen. Über ihre eigenen Erfahrungen und Gefühle zu berichten, fiel ihnen nach wie vor schwer. Um subjektive, persönliche Deutungen zu vermeiden, wollten anfangs sehr viele an einer Arbeitsgruppe teilnehmen, in der eine Collage zum Thema "Fremde" erstellt werden sollte. Das Ergebnis war verblüffend: die Collage zeigte deutsche Männer, die sich gegen die nach Deutschland einströmende, überwältigende Flut von Weiblichkeit panzerten. Noch deutlicher als in Erfahrungsberichten offenbarten sich hier Fremdheitsgefühle und Ängste.

In demselben Seminar war auch der Spalt, ja das tiefe Zerwürfnis zwischen den Teilnehmern aus Ost und West nicht zu übersehen. Die Geschlechterdifferenz (ostdeutsche Schülerinnen/westdeutsche Schüler) potenzierte noch die Unterschiede in den Machtverhältnissen zwischen Ost und West. Während die ostdeutschen Schülerinnen sich gewissenhaft und ernst an die Erarbeitung der Produkte (Hörspiel, Interviews) machten, präsentierten die westdeutschen Schüler diese Ergebnisse auf eine betont lässige, spaßbetonte Tour. Die Art und Weise, wie die westdeutschen Teilnehmer die "Kommunikationshoheit" für

sich in Anspruch nahmen und sich - von oben herab und ohne sich viel zu denken - die ostdeutschen "Halbfertigfabrikate" aneigneten, ließ auf Seiten der ostdeutschen Teilnehmerinnen Wut aufkommen. Zu einer deutsch-deutschen "Annäherung" kam es nicht; dazu bedarf es noch wesentlich mehr Schritte.

In einem Seminar zum Thema "Rechtsradikalismus" wurden Wert und Grenzen der Alltagsorientierung auf andere Weise deutlich. In einem alltagsnahen Rollenspiel zeigte sich, daß die Beurteilungen junger Erwachsener rechtsradikalen Personen gegenüber wesentlich "milder" ausfallen, wenn es sich nicht um abstrakte Ideologien handelt, gegen die sie sich - natürlich - gefeit wähnen, sondern um gleichaltrige Menschen mit ihren Brüchen und Uneindeutigkeiten. Andererseits wurde gerade in diesem Zusammenhang ein starkes Interesse an historischem Hintergrundwissen zum Nationalsozialismus geäußert, also an Bildungsangeboten, die deutlich über die Alltagsorientierung hinausgehen.

## **Lernbarrieren in der deutsch-deutschen Erwachsenenbildung**

Die Erfahrungen dieser Bildungsarbeit weisen darauf hin, daß das gegenseitige Lernen in Ost und West durch erhebliche historische Hypothesen erschwert wird. Was als eine augenblickliche Verstimmung aussah, erwies sich als eine weit zurückreichende historische Hypothek.

Vier Jahrzehnte lang wurden die Fragen nach nationaler Identität unterschiedlich beantwortet. Die Grenze, die die beiden deutschen Staaten teilte, riß nicht nur Familien auseinander und trennte Verwandtschaften und soziale Milieus. Die kulturelle und politische Selbstdefinition - "Wo gehören wir hin?", "was heißt es wechselseitig, Deutsche(r) zu sein?" - wurde in Gesellschaft und Staat jeweils völlig unterschiedlich beantwortet, ja geradezu gegen die "Brüder und Schwestern" im anderen Teil Deutschlands. Bürger der DDR zu sein hieß, nichts oder nur wenig mit der BRD gemein zu haben. Für die Bürger der

## ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Bundesrepublik hieß nationale Zusammengehörigkeit, sich von dem als unwirtschaftlich und unmenschlich wahrgenommenen sozialistischen Teil Deutschlands abzugrenzen.

Während die "Diktatur der Arbeiterklasse" ("besonnen ausgeübt durch ihre Partei, die SED") in der DDR zur Grundlage von Staat und Gesellschaft gemacht und als geschichtlicher Fortschritt angesehen wurde, galt sie im Westen als Projekt des Staatsfeindes. In der Bundesrepublik wurde die Orientierung wirtschaftlicher Entscheidungen am privaten Gewinn, verkörpert in der Gestalt des freien Unternehmers, als Garant des Wohlstands betrachtet, während in der DDR "der Kapitalist" als historisch zu überwindendes Hemmnis galt, ja als der große Schurke der neueren Geschichte. Als "Reich des Bösen" mußte der jeweils andere deutsche Staat herhalten. Noch heute sind derartige Aussprüche zu hören: "Aus Westdeutschland können doch nur Arbeitslosigkeit und Drogenkonsum kommen", "Aus Ostdeutschland können doch nur stalinistisch verbogene Charaktere stammen".

Die deutsche Teilung bot beiden Seiten die Möglichkeit, sich von den schlechten Eigenanteilen zu distanzieren und sich dem moralisch, politisch bzw. ökonomisch überlegeneren Teil zuzurechnen. Typischerweise nahmen beide Teile Deutschlands für sich in Anspruch, das bessere Deutschland zu verkörpern: die DDR in Bezug auf die Vergangenheit, die Bundesrepublik in Bezug auf die Gegenwart. Während sich die DDR die Abkehr vom Faschismus auf die Fahnen schrieb und als Wahrer des Antifaschismus und Friedens verstand, verkörperte die Bundesrepublik westlichen Wohlstand und die Frontstellung gegen den Stalinismus; dabei hatte sie - wie die Geschichte der Systemkonkurrenz beweist - die besseren Karten.

Die politisch-psychologische Abspaltung der "schlechten" Anteile und Inanspruchnahme der "guten" bot zwar keine dauerhafte Lösung, aber sparte auf Jahre die Kosten der Therapie: "Im Prinzip zahlen wir sie heute, und darüber kommt allenthalben Unwillen

auf. Der eine zahlt und nimmt dafür die Rolle des Ich-Ideals ein, der andere ist das verarmte, erniedrigte, und darob unwillig werdende Ich" (Brigitte Rauschenbach).

Die DDR sah sie sich selbst als Alternative - und genau so wurde sie im Westen, wenn auch spiegelbildlich verkehrt, gesehen: als abzulehnendes System. Der politische Gegenentwurf hatte im jeweils anderen Deutschland konkrete Gestalt angenommen. Die innerdeutsche Grenze eignete sich vorzüglich zur Bildung von Feindbildern.

In diesem Sinne war die gesellschaftspolitische Alternative außerhalb der eigenen Mauern, außerhalb des eigenen Territoriums, sie war "externalisiert". Diese Systemkonkurrenz bezog sich nicht nur auf die im engeren Sinne politischen Verhältnisse, sondern auch auf Arbeitseinstellung und Erziehung, Konsum und Lebensstile.

Sicher wurden die gegeneinander stehenden, starren Fronten, die die fünfziger und sechziger Jahre kennzeichneten, in den Jahren der "Ostpolitik" abgemildert, aber das zugrundeliegende Muster, daß nämlich nicht nur die politischen, sondern auch die gesellschaftlichen Lebensumstände im anderen Deutschland abzulehnen seien, blieb in den vierzig Jahren DDR erhalten.

### Das Sieger-Besiegte-Syndrom

Als 1989 das sozialistische System zusammenbrach und die westliche Gesellschaft sich als die offenere, modernere, funktionstüchtigere erwies, tauchte das alte, schon überholt geglaubte Muster, den Gegner im wechselseitig anderen Deutschen zu sehen, wieder auf. Indem Systemeigenschaften ("starre Planwirtschaft") auf reale Personen ("faule Ossi") übertragen werden, wurden aus Westdeutschen "Sieger" und aus Ostdeutschen "Besiegte". Unabhängig von den konkret agierenden Personen wissen demnach die Sieger Bescheid, die Besiegten haben zu lernen. Warum auch sollen "Sieger" Grund haben, sich zu ändern?

In der konkreten Bildungsarbeit äußerten sich

## ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

solche Zuschreibungsmuster etwa in der Erwartungshaltung westdeutscher Teilnehmer, es ginge um einen einseitigen Wissenstransfer von West nach Ost. Im weiteren Verlauf eines Verwaltungsseminars stellte sich jedoch - für manch einen überraschenderweise - heraus, daß Informationsdefizite vor allem bei westdeutschen Teilnehmern vorlagen. Ja, diese wollten sich teilweise noch nicht einmal darauf einlassen, selbst dazulernen. Sie hielten an der Vorstellung fest, vierzig Jahre Verwaltungserfahrung zu haben und "denen da drüben mal etwas erzählen zu können". Sie sperrten sich bereits dagegen, die DDR-Verhältnisse - also den Ausgangspunkt der Transformation - zur Kenntnis zu nehmen, und gaben vor, die im Seminar konkret gewählten Beispiele entsprächen nicht der Realität, sondern drückten Klischees aus; umkehrt konnten die ostdeutschen Teilnehmer die vorgelegten Dokumente durchaus mit ihren Lebenserfahrungen in Verbindung bringen. Es zeigte sich hier, daß offenbar ein guter Teil der Westdeutschen die seit der Wende 1989 vergangene Zeit nicht dazu genutzt hatte, Sensibilität für die Situation der Ostdeutschen und für die Transformationsprobleme zu entwickeln. Auf ostdeutscher Seite war demgegenüber aufgrund des ausgeprägten Veränderungsdruckes eine enorme Lernbereitschaft zu spüren. Während so mancher westdeutsche Amtsleiter seine Schwierigkeiten erkennen ließ, eingefahrene Verwaltungsbahnen zu verlassen, zeigten sich die in Aufbau Problemen engagierten ostdeutschen Teilnehmer offen gegenüber einer innovativen Verwaltungsmodernisierung. Der Problemstau verlagerte sich auf die westliche Seite. Plötzlich hatten die Westler Probleme mit der Modernisierung, und die Ostler zeigten sich interessiert.

### Die Plumpheit des Lagerdenkens

Wer sich im geteilten Deutschland öffentlich äußerte, tat dies immer für oder gegen etwas, entschied sich für die eine oder die andere Seite. Der Gegner wurde nicht daran

gemessen, was er zu sagen hatte, sondern daran, ob er "Beifall von der falschen Seite" bekam. "An Gedanken war nie wichtig, ob sie angemessen oder wahr waren, sondern wem sie nützten und wem sie schaden" (Karl Schlögel).

Dieses Lagerdenken ist auch heute noch nicht verschwunden. Im Gegenteil! Im dem Maße, indem heute subjektive (Alltags-)Erfahrungen aus dem Gedächtnishorizont verschwinden - und mit ihnen die Chance, komplexere Konflikte aus der inneren Situationslogik der Akteure verständlich zu machen -, bekommen objektive und oftmals banale (System-)Zuschreibungen Oberwasser: pro oder contra, gut oder schlecht, schuldig oder unschuldig.

Mit der Durchsetzung alter westdeutscher Eliten in ganz Deutschland setzt sich das Lagerdenken hüben wie drüben fort. Die historisch herausgebildeten Muster, die - so schien es wenigstens - seit Ende des Kalten Krieges ausgedient hatten, werden dazu reaktiviert. Obwohl der Kommunismus historisch erledigt ist und damit eigentlich auch der Antikommunismus seine Berechtigung verloren haben müßte, entsteht merkwürdigerweise ein "nachträglicher Antikommunismus".

Die unterlegene Seite reagiert mit Ressentiments, die die Marktwirtschaft auf die Schwarz-Weiß-Schablone eines vulgärmarxistischen Lehrbuches zurechtstauen. Erschwert wird ein differenzierteres Bild freilich dadurch, daß viele Ostdeutsche die konkrete Ausformung der Marktwirtschaft, mit der sie in der Nachwendezeit konfrontiert waren, allzusehr an die grobschlächtige Schablone vergangener SED-Lehrgänge erinnerte.

Es ist außerordentlich aufschlußreich, daß das erwünschte "Zusammenwachsen" der Ost- und Westdeutschen seitdem überwiegend nach dem sozialpsychologischen Muster des Besseren und Schlechteren, eben des Siegers und des Besiegten verläuft. Eine auf den einzelnen Gegenstand abzielende Differenzierung - "dieses war bei uns besser, jenes bei Euch" - findet nicht statt.

Für die politische Bildungsarbeit kann dies jedoch auch eine Chance darstellen, jene



## ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Differenzierungen einzubringen, die im Ping-Pong des herkömmlichen Diskurses untergehen. Historische Differenzierungen innerhalb des jeweiligen "Lagers" haben hier ihren Platz, etwa nach der Entwicklung der westlichen Marktwirtschaft von den fünfziger Jahren bis heute, oder auch die Diskrepanzen zwischen Plan und Wirklichkeit in der östlichen "Kommandowirtschaft": Lief wirklich alles nach Kommando? Und wenn nicht, wie lief es denn?.

Dadurch daß Bildungsteilnehmer innere Widersprüchlichkeiten und Entwicklungstendenzen der jeweils anderen Seite zur Kenntnis nehmen, erweitert sich das Bild des anderen Teil Deutschlands und läßt sich bipolares Blockdenken aufzubrechen. Ein Beispiel: Das DDR-offizielle Bild von der westdeutschen Gesellschaft war durch Antikommunismus, revisionistische Forderungen, Wiederaufrüstung etc. geprägt; es nahm überwiegend auf die Vor-68er-Gesellschaft Bezug. Aus dieser Traditionslinie heraus sehen viele Ostdeutsche auch heute noch in der Bundesrepublik zwar eine freie Marktgesellschaft, nicht jedoch die tiefgreifende, "subjektive" Modernisierung (Wertewandel, Individualisierung, Pluralisierung von Lebensstilen), die die bundesrepublikanische Gesellschaft - nicht nur im Erziehungssystem - seit den siebziger Jahren geprägt hat.

Umgekehrt waren es die Westdeutschen gewohnt, im anderen deutschen Staat ausschließlich den gefährlichen Gegner zu sehen. Warum war es denn, um ein Beispiel aus der Kulturpolitik zu wählen, der DDR unmöglich, den westlichen Kultureinflüssen, die für DDR-Jugendliche so außerordentlich attraktiv waren, etwas Substantielles entgegenzusetzen? Die offensichtliche Schwäche der DDR, ihr Hinterherhinken hinter westdeutschen Standards, und zwar nicht nur im Konsumangebot, hat in dieser westdeutschen Optik keinen Raum.

Da man traditionell gewohnt war, der anderen Seite in erster Linie Negatives zuzutrauen ("Das kann doch nur von Euch kommen"), ist die Reaktion auf Reizwörter umso heftiger. Ost-West-Seminare können hier aufgrund der

idealtypischen Ausnahmesituation, in der sie stattfinden, vermitteln.

Wenn schon unter den am Gegenüber Interessierten, die sich ja freiwillig zu solchen Kontroversen zusammenfinden, Mißverständnisse und Lernblockaden entstehen, so darf man vermuten, daß sie außerhalb des Schonraums von Seminarbedingungen wesentlich heftiger aufeinanderprallen. Ob "Buschzulage", "Kitzel der Gummistiefelzeit", "Udos" (Unsere Doofen Osis) oder "Kindergartenmentalität" - einer allzu kuscheligen Seminaratmosphäre mag es bisweilen an solchen - freilich homöopathisch zu dosierenden - Giften fehlen. Es behindert Lernprozesse, Teile der (West-)Realität deshalb auszublenden und sich ihr nicht zu stellen, weil man sie - möglicherweise zu Recht - als höchst unerfreulich und kritikwürdig ansieht.

Der starke Hang zur Harmonisierung von Konflikten, der im Osten zu erkennen ist, könnte aufgrund der allzugroßen Gutwilligkeit der (freiwilligen!) Seminarteilnehmer solche zumindest außerhalb des Seminarraums bestehenden, sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen und daraus entstehende Konfliktpotentiale zudecken.

### Die Asymmetrie des Dialogs

Es kann hier überhaupt nicht darum gehen, eine Gleichwertigkeit der Systeme zu behaupten. Daß die westlichen Demokratien den östlichen Diktaturen Entscheidendes an Freiheitspotentialen, Offenheit und Modernität voraus haben, kann nicht ernsthaft bezweifelt werden. Dies wird auch von der überwiegenden Mehrheit der Ostdeutschen so gesehen.

Wohl aber geht es um die Gleichwertigkeit der an politischen Bildungsprozessen beteiligten Personen und ihrer Erfahrungen. Die Anmaßung vieler Westdeutscher, sich die Eigenschaften des erfolgreicher Systems persönlich zuzurechnen, ihr oberlehrerhafte Tonfall, schließlich zu den Siegern zu gehören und deshalb a priori alles besser zu wissen, hat das Verhältnis zwischen den Deutschen vielfach vergiftet. Das

## ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

ungleichgewichtige Verhältnis, wonach die Westdeutschen als Sieger in der Systemkonkurrenz grundsätzlich die bessere Antwort parat haben, führte konsequent zu einer Entwertung ostdeutscher Lebenserfahrungen.

"Das Ressentiment ist das Schutzgefühl des Verlierers. Es hält sich bedeckt. Die Andeutung zieht es dem offenen Streit vor, das beredte Schweigen dem gesprochenen Wort" (Wolfgang Büscher). Insofern waren die Ausgangssituationen der Ost-West-Seminare nicht immer ganz leicht. Die leise Bitterkeit derer, die sich überfahren fühlten, war nicht zu überhören.

Der besondere Transformationspfad in Ostdeutschland sah vor, das komplette System rechtlicher Regelungen aus den westlichen Bundesländern zu importieren - und zwar mitsamt des dazugehörigen West-Personals. Für den (Verwaltungs-)Aufbau hatte dies weitere Konsequenzen: die westdeutschen Amtsinhaber sind seit 40 Jahren mit den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften vertraut, für die Ostdeutschen sind sie Neuland. Es wäre merkwürdig, wenn sich dieser Erfahrungsunterschied nicht bemerkbar machen würde. Ein westdeutscher Beamter kennt die Regelungen objektiv besser - selbst wenn er sich persönlich nicht als "Besser-Wessi" aufführt. Dies ist nicht eine Frage individueller Sensibilität, sondern struktureller (Erfahrungs-)Vorsprünge.

Umgekehrt haben aber auch die Ostdeutschen ihre Erfahrungen gemacht. Dadurch daß sie in zwei - die Älteren sogar in drei - Systemen gelebt haben, haben sie ein feines Sensorium dafür entwickelt, welche Anpassungsleistungen in einer Diktatur dem einzelnen abverlangt werden und welche in der heutigen Marktwirtschaft. Nicht zu vergessen die Erfahrung, ein repressives System im Herbst 1989 abgeschüttelt zu haben.

Die Ungleichheiten im Ost-West-Verhältnis wirken sich umso gravierender aus, als die Spaltung Deutschlands auch eine soziale Teilung war: in der prosperierenden Bundesrepublik bildeten weite Teile der Bevölkerung Mentalitäten heraus, die für den Mittelstand kennzeichnend sind. Aufgrund

der Flucht vieler leistungsstarker und qualifizierter Bewohner wurde die DDR zwar paradoxerweise zu einer Aufstiegs-gesellschaft, doch blieb sie mentalitätsmäßig ein "Land der kleinen Leute". Noch nach der Vereinigung nahm die Mehrheit der Ostdeutschen für sich selbst den Arbeiterstatus in Anspruch.

Verstärkt werden solche Mentalitäts-unterschiede durch das wirtschaftlich strukturelle Ungleichgewicht: die DDR-Bürger konnten kein privates Eigentum, schon gar nicht an Produktionsmitteln, erwerben oder erben; sie befinden sich heute strukturell gesehen in der Position des ökonomisch Schwächeren. Grundsätzlich alle größeren Wirtschaftsunternehmen, auch jene, die in Ostdeutschland investiert haben, haben ihre Zentrale im Westen Deutschlands. Die Entscheidungen fallen im Westen, der Osten muß froh sein, alimentiert zu werden.

In der politischen Bildung wirken sich die strukturellen Ungleichheiten und das daraus resultierende Überlegenheitsgefühl der Westdeutschen fatal aus: die Asymmetrie des Dialogs führt dazu, daß die westliche Seite der östlichen mehr oder weniger deutliche Vorhaltungen macht und diese sich unter dem Druck sieht, sich rechtfertigen zu müssen.

Wer jemanden anderen alimentiert, möchte auch bestimmen, wofür das Geld Verwendung findet. Diesen banalen Finanzgrundsatz wenden die Westdeutschen auf die zusammengebrochene Ost-Wirtschaft an. Doch mit der Souveränität des Finanziers war es in diesem Fall nicht allzu gut bestellt. Im sicheren Bewußtsein der eigenen ökonomischen Überlegenheit leisteten es sich die weltgewandten, weitgereisten Westdeutschen zwar im allgemeinen, weniger effiziente Länder und Kulturen sympathisch zu finden: so sahen sie der italienischen Lebensart deren Dienstleistungsdefizite und Organisationschaos aufgrund des hohen Freizeitwerts der südlichen Gefilde gerne nach. Erst den Ostdeutschen gelang es, das Überlegenheitsgefühl der Westler wirklich auf die Probe zu stellen: die Ost-Mentalität wird als akute Gefahr für das eigene Bruttosozialprodukt erfahren.

Nun rächt sich ein Defizit aus den fünfziger Jahren. Damals hatten die Westdeutschen ihr Selbstbewußtsein durch den gelungenen Wiederaufbau und die neu gewonnene Wirtschaftskraft bezogen. Kaum eine Gesellschaft dürfte ihr Selbstbewußtsein in einem solchen Maße aus wirtschaftlichen Kategorien beziehen wie die westdeutsche. Umso mehr wird dieses nun durch den Milliardentransfer, der gen Osten fließt, in Frage gestellt.

Freilich kann es in der politischen Bildung nicht um die Pädagogisierung politischer Probleme gehen: die strukturellen Ungleichheiten sind durch Verständigungsbemühungen zwischen Ost und West nicht hinwegzuinterpretieren. Es läßt sich nicht bestreiten: "Die Wiederherstellung alter Eigentumsverhältnisse hatte den Vorrang vor entspannten, freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Deutschen" (Christa Wolf). Mehr als das Aussprechen der Unterschiedlichkeiten und die Anerkennung der Differenz kann politische Bildung nicht erreichen und sollte sie sich auch gar nicht vornehmen.

Der Hallenser Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz bemerkte dazu: "Der Osten ist der Verlierer, der Westen ist der Gewinner. Darüber ist man sich einig. Daraus folgt, daß der Osten dem Westen angeglichen werden muß. Das Tabu besteht nun darin, daß auch der Westen der Verlierer ist. Dies zu akzeptieren ist von beiden Seiten aus das größte Tabu. Viele Menschen im Osten wollen sich vom Westen retten und erlösen lassen, und der Westen braucht das Gefühl, 'Wir sind stark und tüchtig, und wir schaffen auch diese große Aufgabe, nämlich den Osten zu entwickeln'...Aber es geht um etwas anderes, um die Würde unseres Lebens."

Ohne die Würde der Besiegten anzuerkennen, ohne die Ostdeutschen als Partner in einem gleichberechtigten Dialog mit ihren eigenen, gleichwertigen Lebenserfahrungen anzuerkennen, kann die deutsch-deutsche Bildungsarbeit nicht existieren.

Brigitte Rauschenbach hat zurecht darauf hingewiesen, daß den Deutschen in Ost und West für ihre Verständigungsversuche ein "nichtdeutscher Freund" fehlt, "eine

nichtdeutsche Freundin, die behilflich wären, die Vergangenheit ohne Groll und Anklage durcharbeiten". In der Tat gab es diesen neutralen, unbeteiligten, relativierenden Dritten in den Begegnungsseminaren nicht: die westdeutschen Teilnehmer gerieten allzuleicht in die Rolle der Zensoren. Dies löste auf ostdeutscher Seite von neuem Abwehrhaltungen aus.

## Die Debatte um Schuld und Unschuld

Teil des Sieger-Besiegten-Syndroms ist es, die Grenze zwischen Ost und West als Grenze zwischen Schuld und Unschuld zu interpretieren. Dies entlastet den Westen und führt die alten Konfliktlinien fort. Eine solche Thematisierung von Schuld und Unschuld stieß in den deutsch-deutschen Seminaren auf starke Vorbehalte ("Ich entschuldige mich nicht dafür, in der DDR geboren zu sein").

In der Kontroverse über Täter und Opfer und kleine Täter und kleine Opfer stellten sich schnell Selbstschutzmechanismen ein, die die Verständigung blockierten. Immer wieder schlich sich der Fehler ein, Systemeigenschaften persönlich-subjektiv zuzuordnen. Wenn jedoch die Frage nach der Verantwortung des einzelnen mit anderen Themen verknüpft wurde, z.B. der Situation am Arbeitsplatz, tauchten nicht sofort solche Blockierungen auf.

Die Diskussion über Schuld und Unschuld hat noch einen anderen Aspekt. Sie verdeckt häufig die Verantwortlichkeit für die künftig gemeinsam zu tragende Geschichte. Allzuleicht neigten westliche Teilnehmer von Bildungsveranstaltungen dazu, sich aus einer kontroversen Debatte um Wertmaßstäbe für Anpassung oder Widerstand mit der Ausrede auszuklinken, sie könnten dies nicht beurteilen, weil sie es nicht erlebt hätten. Die westliche Diskussionsverweigerung entspricht der östlichen: "Nur wer hier gelebt habt, kann das werten". Das gleiche Argument wird also zu verschiedenen Zwecken in die Diskussion eingebracht. Im einen Fall fördert es westliches Desinteresse und Bequemlichkeit, im anderen östliche Blockaden und Ressentiments.

Das Ergebnis ist ein ständiges "Stunde Null"-

## ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Denken: weil der Staat DDR zugrunde gegangen ist, will man - von westlicher Seite - auch mit der DDR-Gesellschaft nichts zu tun haben. Von östlicher Seite entspricht dem ein Abschied ohne Trauerarbeit, der zu rückwärtsgerichteten Wehmutgefühlen führt. Doch Nostalgie gibt es auch im Westen. Sie äußert sich in Vorstellungen wie: "Bevor die Ostler dabei waren, war alles besser, da konnten wir Zukunftsvorstellungen entwickeln; die Ostler haben uns zurückgeworfen".

In den Seminaren waren immer wieder Vorbehalte zu spüren, wenn die Verarbeitung der Vergangenheit sich dem harten Kern von Menschenrechtsverletzungen und politischer Repression in der DDR näherte. So fiel in einem Seminar, in dem über persönliche Erfahrungen und Beurteilungen des Mauerbaus 1961 diskutiert wurde, sehr deutlich auf, daß von West- wie von Ostseite eine Menge Rationalisierungen z.B. ökonomischer Art angeführt wurden, warum der Bau der Mauer zu "verstehen" sei. Als eine Westteilnehmerin auf die drastische Einschränkung der Freiheit hinwies, zogen sich in auffallender Weise eine Reihe von Ostteilnehmern aus der Diskussion zurück. Auf die Frage, wie sich die anwesenden Ostdeutschen denn emotional gefühlt hätten, kam erst nach sehr längerem Zögern die Antwort, man habe nun eben in einer Diktatur gelebt. Kaum war jedoch das Wort heraus, wandte sich die Diskussion schnell wieder davon ab, als ob man sich durch das Aussprechen nachträglich noch schuldig mache.

Ähnliche Kommunikationsmuster finden sich, wenn die politische Wertung "Diktatur" direkt als Schuldfrage thematisiert wird. Die häufigste Reaktionsweise lautet dann: die Westteilnehmer könnten das - bekanntlich - nicht beurteilen, weil sie ja nicht in der DDR gelebt hätten. Man verschließt sich nicht nur gegenüber dem Schuldvorwurf - ob er nun von westlicher Seite oder von einem der wenigen DDR-Oppositionellen geäußert wird -, sondern schiebt auch die politische Wertung "Diktatur" zu Seite, weil dies implizit als eine Entwertung des eigenen Lebens begriffen wird. So bilden sich

"Verschweigensgemeinschaften", um sich gegenüber Schuldvorwürfen oder auch selbstkritischem Nachfragen immun zu machen.

Ähnliche Reaktionsmuster sind aus der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bekannt. Dort bezweifelt zwar niemand, daß es eine Diktatur war, aber so ganz hart möchten viele, die die Zeit damals durchlebt hatten, nicht urteilen. Denn: "Für mich persönlich war es doch auch eine schöne Zeit". Die Diskrepanz, persönlich vielleicht eine schöne Jugend während der NS-Diktatur durchlebt zu haben, halten nur wenige aus.

Vergleichbares zeigt sich heute in der Diskussion über die DDR-Vergangenheit. Die Differenz zwischen privater und politischer Sphäre - daß nicht alles Persönliche politisch ist - könnte als Entlastung dienen, wird aber als Argument kaum aufgegriffen. Zu bedrohlich und zu nahe geht die Erkenntnis, an dem diktatorischen System auf die eine oder andere Weise beteiligt gewesen zu sein.

Die politischen Auswirkungen solcher Verdrängungsleistungen sind freilich fatal: Die Opfer des SED-Regimes gelten bereits wieder als Unruhestifter, ja als lebender Vorwurf. Mit ihnen wollen viele nichts zu tun haben. Parallelen zu den NS-Opfern in Westdeutschland scheinen offensichtlich. So wie es ein Erfolg der '68er-Generation war, für das Schicksal der vom Nationalsozialismus Verfolgten sensibilisiert zu haben, weisen die heutigen '89er zurecht auf die Opfer der DDR-Repression hin und akzeptieren es nicht, daß "sich ein ostdeutsches Bedürfnis nach schnellem Seelenfrieden mit einem westdeutschen Mangel an Selbstreflexion paart" (Anka Schaefer).

Für die politische Bildungsarbeit stellt sich daher das Problem, politische Wertungen der DDR-Vergangenheit deutlich genug auszusprechen und nicht zu verniedlichen, andererseits aber die Teilnehmer von Bildungsveranstaltungen nicht vor den Kopf zu stoßen und zu blockieren.

In der Tat könnte die Methode der Alltagsorientierung und des biographischen Lernens der Versuch sein, auf einer weichen Ebene sich den Teilnehmern zu nähern und

ihnen so die Möglichkeit geben, sich zu öffnen. Mit biographischem Lernen ist freilich nicht ein ausführliches Erzählen aller möglichen Lebensgeschichten gemeint, sondern die Einsicht in die Historizität der eigenen Lebensumstände wie auch in die der jeweils anderen Deutschen. Dafür ist eine gemeinsame Vertiefung des Alltags- und Erzählansatzes notwendig, der eine "Perspektivenverschränkung" (Heidi Behrens-Cobet) ermöglicht. Der biographische und alltagsorientierte Ansatz bedeutet kein "Appeasement", sondern eine Möglichkeit der Verständigung, die vorschnelle Blokierungen durch politisch-ideologische Bekenntnisse vermeidet.

Für den Fall, daß von Seiten der Teilnehmer von Bildungsveranstaltungen kritische und für die Teilnehmer schmerzliche Wertungen nicht in ihren biographischen und alltagsorientierten Berichten vorgebracht werden bzw. Teile der westlichen oder östlichen Realität völlig ausgeblendet werden, sollte dies von der Seminarleitung in anderer Form, etwa mittels schriftlicher oder akustischer Personenportraits, eingebracht werden. Als Erfahrung aus zahlreichen bisherigen Ost-West-Dialogen läßt sich festhalten, daß entsprechende Anreicherungen und Vertiefungen bereits in die Seminarkonzeptionen eingehen sollten.

## Ein gemeinsames Geschichtsverständnis

Aufarbeitung dessen, was zur Teilung geführt hat und was im jeweils andern Teil Deutschlands passiert ist, ist klassische Vergangenheitsaufarbeitung - also Aneignung der eigenen Geschichte. Für die Westdeutschen ist die Geschichte der DDR künftig Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte. Wie umgekehrt für die Ostdeutschen die Westbindung und die Herausbildung der westdeutschen Zivilgesellschaft künftig auch Teil ihrer Geschichte sind.

Die vierzig Jahre lang getrennte deutsche Geschichte ist mit der Vereinigung zu einer gemeinsamen geworden. Die Hypothek der beiden Vergangenheiten bringen beide Teile in den deutsch-deutschen Dialog und in ein

künftiges Geschichtsverständnis mit ein. Wer dieses Erbe annehmen will, muß es erwerben, um es zu besitzen. Die Übernahme des Erbes schafft zwar keine persönliche Verantwortung für den anderen Teil, aber erfordert doch die Auseinandersetzung mit seinen beiden Teilen. Dies schließt auch Bewertungen mit ein.

Zwar mag sich der eine oder andere in der Idealsituation eines Seminars um eine Wertung herumdrücken, doch in der Wirklichkeit ist dies nicht möglich: Der aus Wolfsburg stammende Personalchef von VW in Zwickau-Mosel muß entscheiden, ob er einen Verantwortungsträger der SED-Zeit übernimmt oder nicht. Welche Kriterien stehen ihm dabei zur Verfügung? Die Stasi-Debatte? Die Wertschätzung oder Nicht-Wertschätzung von Seiten der ehemals im VEB beschäftigten Werktätigen? Daß er aus Westdeutschland stammt und die DDR-Zeit nicht persönlich erlebt hat, wird ihm nicht weiterhelfen. Ähnliche Beispiele ließen sich für zahlreiche Tätigkeitsfelder bilden, in denen Westdeutsche heute in Ostdeutschland tätig sind.

Nebenbei: Der VW-Personalchef löste den Konflikt so, daß er den ehemaligen "roten Socken" nicht entließ, sondern ihn bei sich als Referenten weiterbeschäftigte. Seine Begründung: Gerade weil er den unbeliebten Mitarbeiter, dessen Vergangenheit er nicht im Einzelnen kenne, aufgenommen habe, habe er damit seine Unabhängigkeit gegenüber der Mehrheitsmeinung, die seine Ablösung gefordert habe, demonstriert. Es komme schließlich auf Durchsetzungskraft und Autorität an. Die demonstrativ geäußerte Souveränität verdeckt ein Verhalten, das sich auf andere Weise um eine Aufarbeitung der Geschichte herumdrückt.

Das Durcharbeiten der getrennten Vergangenheiten in der politischen Bildung kann als Ziel nicht einen ganz bestimmten Erziehungsinhalt haben, wohl aber eine Perspektivenvielfalt, die zur Selbstaufklärung anregt. Die Teilnehmer politischer Bildungsveranstaltungen sollen nicht einheitliche Maßstäbe als "Ergebnis" herausarbeiten. Wohl aber ermöglichen unterschiedliche Maßstäbe einen Streit über Einstellungen und Werte. Das Bewußtsein

## ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

von Differenzen und die Toleranz ihnen gegenüber sind kein bescheidenes Bildungsziel, sondern ein demokratisch angemessenes.

### Literatur

Behrens-Cobet, Heidi; Schaefer, Anka: Geteilte Erfahrungen. Ein deutsch-deutsches Dialogprojekt zur Geschichte nach 1945, Münster, 1994

Büscher, Wolfgang: Diese leise Bitterkeit, in: Wochenpost Nr.44/1994

Ensel, Leo: "Warum wir uns nicht leiden mögen". Was Osis und Wesis voneinander halten, Münster, 1993

Hilfsberg, Stephan: Identitätsmuster in Ost und West. Zur Überwindung der inneren Teilung durch ihre Aufarbeitung, in: Deutschland Archiv Nr.3/1993, S.291

Kade, Sylvia: Deutungsblockaden - Verständnisbarrieren im innerdeutschen Dialog, in: Ekkehard Nüssli u.a. Verunsicherungen in der politischen Bildung, Bad Heilbrunn, 1992

Koch, Thomas: Die Ostdeutschen zwischen Einheitsschock und "doppeltem Zukunftshorizont". Deutungs- und Handlungsmuster sozialer Akteure im Transformationsprozeß, in: Rolf Reißig (Hrsg.), Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Frankfurt am Main, 1993

Köcher, Renate: Blühende Landschaften, welkende Launen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.4.1994

Lay, Conrad: Medienbaukasten: Familienkommunikation, Familienthemen, Familienkonflikte, Frankfurt am Main (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Handreichungen für die neuen Bundesländer), 1994

Lay, Conrad; Potting, Christoph (Hrsg.):

"Gemeinsam sind wir unterschiedlich". Deutsch-deutsche Annäherungen, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), erscheint voraussichtlich 1994

Maaz, Hans-Joachim; Moeller, Michael-Lukas: Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch, Berlin, 1991

Messerschmidt, Astrid; Sept-Hubrich, Gisela: Mancher Abschied ist schön. Perspektiven für politische Bildung nach dem Ende der Blockkonfrontation, Karlsruhe (Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung), 1994

Noelle-Neumann, Elisabeth: Eine Nation zu werden ist schwer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.8.1994

Rauschenbach, Brigitte: Die Unfähigkeit zu trauern vierter Aufzug. Ein deutsches Trauerspiel mit offenem Ende, in: Deutschland Archiv Nr.7/1994, S.707

Siemons, Mark: Die Osis sind wir. Über den DDR-Mief und den blinken Fleck des Westens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.8.1994

Schlögel, Karl: Land der Mitte, ohne Mitte, in: Tageszeitung 19.7.1993

Thurn, Susanne; Bergmann, Klaus: "Wir müssen uns wechselseitig unsere Biographien erzählen", in: Jörg Calließ (Hrsg.), Getrennte Vergangenheiten - Gemeinsame Geschichte. Zur historischen Orientierung im Einigungsprozeß, Loccum (Evangelische Akademie Loccum), 1992, S.207

Wiesenthal, Helmut: Über die Transformation in den Neuen Ländern, in: Newsletter, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Nr.45/1994, S.12

Wolf, Christa: Rede vom Auslöffeln, in: Wochenpost 3.3.1994

Biographische Notiz



# ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Dr. phil. Conrad Lay, geb. 1949, Studium der  
Rechts- und Politikwissenschaften, freier  
Autor, seit 1981 zahlreiche deutsch-deutsche  
Dialog-Projekte.

\* \* \* \* \*



Eine Schriftenreihe der  
Hessischen Landeszentrale  
für politische Bildung